

Erste Annäherung im Schuldenstreit

Nach langem Ringen zeichnet sich ein erster Kompromiss zwischen Griechenland und seinen Gläubigern ab. Viele Griechen reagierten erleichtert auf die Einigung.



Quelle: Welt.de

Nachdem es lange so aussah, als würde es zu keiner rechtzeitigen Einigung zwischen Griechenland und seinen Gläubigern kommen, verständigten sich am Freitag beide Seiten überraschend auf einen Kompromiss. Das aktuelle Hilfsprogramm soll um vier Monate verlängert und somit der ab dem 28. Februar drohende Staatsbankrott abgewendet werden. Die Verlängerung des Programms knüpften die Euro-Finanzminister jedoch an strenge Auflagen. So muss sich Griechenland in den nächsten vier Monaten weiter an die vorher vereinbarten Reformauflagen halten. Außerdem soll die griechische Regierung bis Montag der EU-Kommission, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) eine Liste von Reformvorhaben vorlegen. Viele Beobachter sehen in dem Kompromiss einen klaren Sieg der Gläubiger, die in der Vergangenheit wiederholt die Fortführung der Reformpolitik von Griechenland gefordert hatten. Vor allem Länder wie Portugal, deren Bevölkerungen ebenfalls unter der von EU, IWF und EZB verordneten Austeritätspolitik leiden, hatten die griechische Regierung zuletzt immer heftiger kritisiert.

Für Griechenlands Regierung wird es innerhalb der nächsten vier Monate kaum möglich sein, ihre Wahlversprechen, wie etwa die Anhebung des Mindestlohns oder der Renten, umzusetzen. Hierzu wäre nach den am Freitag getroffenen Vereinbarungen weiterhin die Zustimmung der Kreditgeber notwendig. Solange es der Regierung jedoch nicht gelingt, neue Einnahmequellen zu erschließen, wie etwa durch eine effektivere Besteuerung der reichen Bürger des Landes, gilt die Zustimmung der Gläubiger für solche Maßnahmen als unwahrscheinlich. Entsprechend enttäuscht reagierten viele Anhänger der linkspopulistischen Regierungspartei auf den Kompromiss. "Das ist eine Rolle rückwärts. Daran werden wir uns noch lange erinnern [...]" sagte etwa ein frustrierter Anhänger der Syriza Partei der Tagesschau am Samstag.

Wochenüberblick

Mo, 16.02.2015

Wie aktuelle Zahlen der japanischen Regierung belegen, konnte die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt im letzten Quartal 2014 die Rezession überwinden. Allerdings lag das Wachstum mit 0,6% im Vergleich zum vorherigen Quartal (dies entspricht einem Wachstum von 2,2% pro Jahr) deutlich unter den Erwartungen von Experten (3,7% pro Jahr).

Ministerpräsident Abe appellierte nach der Veröffentlichung der Wachstumsdaten an die japanische Zentralbank (BoJ), weiter an der lockeren Geldpolitik festzuhalten. Mit einer Kombination der Politik des billigen Geldes und Strukturreformen hofft Abe, die Spirale aus stagnierenden Preisen und niedrigen Wachstumsraten durchbrechen zu können. Derzeit sind die Aussichten für die japanische Wirtschaft deutlich besser als noch vor wenigen Monaten. Die Exportindustrie profitierte zuletzt stark von der Abwertung des Yen zum Dollar (-16% innerhalb des letzten Jahres). So nahmen die Ausfuhren im Januar um 17% zu. Auch die Industrieproduktion befindet sich derzeit im Aufwärtstrend.

Trotz der guten Aussichten bleibt eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer in naher Zukunft eher unwahrscheinlich. Eine erste Anhebung hatte im vergangenen Jahr zu starken Verwerfungen in der japanischen Wirtschaft geführt. Mit höheren Steuereinnahmen wollte die Regierung den enormen Schuldenberg des Landes abtragen. Als Folge der Anhebung rutschte die Wirtschaft jedoch in die Rezession ab.

Di, 17.02.2015

An der deutschen Börse beurteilt man die Lage der heimischen Wirtschaft weiterhin positiv. Angesichts des niedrigen Ölpreises und der zuletzt überraschend starken Wachstumszahlen trauen viele Experten Deutschland ein Wirtschaftswachstum von bis zu zwei Prozent im laufenden Jahr zu.

In einer am Dienstag veröffentlichten Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), für die 227 Anleger und Analysten zu ihren Konjunkturerwartungen befragt wurden, zeichnete sich ebenfalls eine optimistische Haltung ab. Das entsprechende Barometer stieg von 48,6 auf 53 Zähler.

Auch die griechische Presse sah in der Vereinbarung eine Niederlage der heimischen Regierung. So stellte die Zeitung "Kathimerini" fest: "Die Regierung ist in der Realität angekommen und hat das getan, was sie tun musste, um das Land vor der Pleite zu retten". Trotz der Ernüchterung über die wenigen Zugeständnisse der Gläubiger zeigten sich viele Griechen auch erleichtert, dass ein Austritt ihres Landes aus der Eurozone bis auf Weiteres verhindert wurde. Tsipras stellte die Ergebnisse der Einigung indes als Erfolg seiner Regierung dar. "Wir haben eine Schlacht gewonnen, aber noch nicht den Krieg", sagte dieser in einer Fernsehansprache am Samstag. Die Verhandlungen gingen jetzt in eine neue Phase. Es gelte nun, die "zerstörerische Sparpolitik" hinter sich zu lassen und eine "Politik des Wachstums, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts" zu ermöglichen, so Tsipras weiter.

Noch Mitte der Woche schien ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone immer wahrscheinlicher zu werden. Nachdem am Montag bei einem Treffen der Euro-Finanzminister keine Einigung im Schuldenstreit erzielt werden konnte, hatten diese Athen bis Freitag eine Frist eingeräumt, um die Verlängerung der Hilfen zu beantragen. Der Antrag ging am Donnerstag in Brüssel ein und führte zu sehr unterschiedlichen Reaktionen bei den Gläubigern. Während man in Brüssel vor allem die Zugeständnisse der griechischen Regierung als positives Zeichen für zukünftige Verhandlungen wertete, äußerte sich das deutsche Finanzministerium nur wenige Stunden nach dem Eingang des Antrags negativ zu den darin formulierten Bedingungen. Es handele sich hierbei um keinen substanziellen Lösungsvorschlag, so der Sprecher des Bundesfinanzministeriums Martin Jäger. Das Schreiben entspreche nicht den am Montag in der Eurogruppe vereinbarten Kriterien. Am Ende gelang es dennoch, nach langen Vorgesprächen des Eurogruppen-Chefs Jeroen Dijsselbloem mit dem deutschen und dem griechischen Finanzminister, eine vorläufige Einigung zu erzielen. Nach der Sitzung am Freitag war aus EZB-Kreisen zu hören, dass eine Anerkennung griechischer Anleihen als Sicherheiten nun in Zukunft wieder denkbar sei.

An den Börsen wartete man gespannt auf das Ergebnis der Verhandlungen am Freitag. Viele Anleger rechnen fest damit, dass der Verbleib Griechenlands in der Eurozone auch in den nächsten Wochen das dominante Thema an den Finanzmärkten sein könnte. Angesichts der guten Umfragewerte populistischer Parteien in anderen Euroländern, wie dem ökonomisch deutlich wichtigeren Spanien, befürchteten viele einen Einbruch der Aktienkurse im Laufe des Jahres.

Figure 8: Key economies' share of world GDP in PPP terms

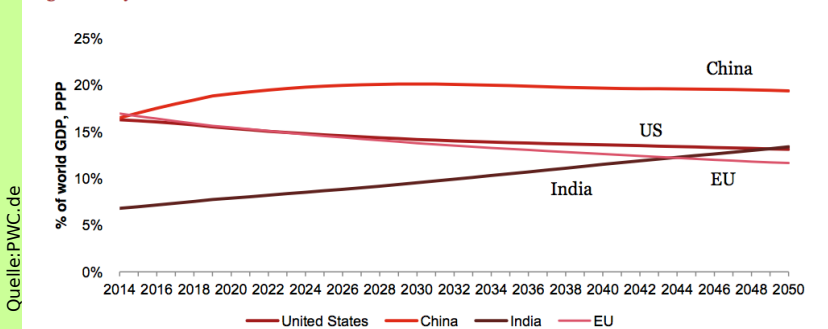


Abb.: Anteil ausgewählter Volkswirtschaften am globalen BIP (siehe Text zum 19.02).

Mi, 18.02.2015

Sowohl die britische (BoE), als auch die amerikanische Zentralbank (FED) schließen eine baldige Erhöhung der Leitzinsen aus. Dies geht aus den Aufzeichnungen zu den Januar- und Februar-Sitzungen der Zentralbanker hervor.

In Großbritannien, wo die Inflationsrate zuletzt nur bei 0,3% lag, behalten sich die Währungshüter sogar eine weitere Senkung des Leitzinses vor. Wegen der schwer abschätzbaren wirtschaftlichen Folgen einer weiteren Zinssenkung, betonte der Chef der BoE Mark Carney jedoch kürzlich, dass nach wie vor eine Zinserhöhung der wahrscheinlichste nächste Schritt der Zentralbank sei.

Angesichts der aktuellen Krisen gab die FED in der vergangenen Woche bekannt, dass sie die Abkehr von der lockeren Geldpolitik "geduldig" angehen wolle. Viele Investoren interpretieren dies als Zeichen dafür, dass die Erhöhung des Leitzinses nicht schon, wie ursprünglich vermutet, im Juni erfolgen wird.

Do, 19.02.2015

Die Wirtschaftsprüfungsagentur PWC hat eine umfangreiche Studie zu der Entwicklung der Weltwirtschaft bis 2050 veröffentlicht. Laut dieser Studie wird China sowohl 2030 als auch 2050 etwa 20% des globalen BIP erwirtschaften und damit die mit Abstand größte Volkswirtschaft der Welt darstellen (siehe Abb.). Allerdings gehen die Experten ab 2020 von einem sich abschwächenden Wachstum in der Volksrepublik aus. Indien habe hingegen das Potenzial, langfristig hohe Wachstumsraten zu erzielen und so die USA bis 2050 als zweitgrößte Volkswirtschaft abzulösen. Der Abstand zwischen den drei größten (China, Indien, USA) und den restlichen Volkswirtschaften wird sich laut der Studie in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich vergrößern.

Im Jahr 2050 dürfte Deutschland das einzige europäische Land unter den zehn größten Volkswirtschaften der Welt sein. Allerdings geht aus der Studie auch hervor, dass Deutschland 2050 weiterhin zu den Volkswirtschaften mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen gehören wird. Laut den Experten wird das Einkommen pro Kopf hierzulande 2050 noch mehr als doppelt so hoch sein wie in China.